

Holzarbeiterzeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 44

Berlin, den 29. Oktober 1932

40. Jahrgang

Fort mit der Lohndruck-Verordnung!

In seiner Rundfunkrede am Tage der Reichstagsauflösung hat der Reichskanzler v. Papen angekündigt, die Regierung werde „mit eiserner Strenge gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollen“. Diese Drohung ist von denen, gegen die sie gerichtet war, schwerlich sehr tragisch genommen worden, gibt doch die Verordnung vom 5. September dem Unternehmertum ausdrücklich die Ermächtigung, sich auf Kosten der Arbeiter zu bereichern. Wenn die Regierung glaubt, die Wirtschaft beleben zu können durch Milliarden Geschenke an die Unternehmer, dann war es nicht notwendig, zu diesen Geschenken aus dem Steuersäckel noch weitere Geschenke aus den Taschen der Arbeiter hinzuzufügen.

Die Notverordnung vom 5. September ist ein Ausdruck der Mißachtung, welche die „grundsätzlich neue Staatsführung“ der Arbeiterschaft entgegenbringt, verschärft durch ein Attentat auf den ach so leeren Geldbeutel der Arbeiter. Dieses Attentat hat spontanen Widerstandswillen der Entrechteten und Getretenen angefaßt. Die aufläuternde Streikbewegung hat die Regierung überrascht; sie hat erwogen, diese Bewegung durch Gewaltmaßnahmen zu unterdrücken. Gleichviel, ob diese Maßnahmen fallengelassen oder nur aufgeschoben sind, alle diese Vorgänge zwingen die Gewerkschaften zu gesteigerter Wachsamkeit. Eine Bekundung des unerschütterlichen Willens, die Rechte der Arbeiterschaft zu wahren und zu verteidigen, war die öffentliche Kundgebung, welche der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund am 18. Oktober im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats veranstalteten.

In seiner Eröffnungsansprache betonte Leipart, daß es der Zweck dieser Kundgebung sei, der Öffentlichkeit die Auffassung der freien Gewerkschaften zum Wirtschaftsprogramm der Regierung sowohl vom rechtlichen als auch vom wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkt aus darzulegen. Mit Schärfe wandte sich Leipart gegen das Wort des Reichskanzlers, der in seiner Münchener Rede jeden, der sich nicht hinter die Regierung stelle, als einen Feind der Nation bezeichnet hat. Ebenso auch gegen die Unterstellung, daß die Gewerkschaften durch ihren Widerstand gegen die Lohnabbauperordnung Schuld daran tragen, daß die Arbeitslosen nicht wieder in die Betriebe kommen.

Der Hauptredner des Tages war Fritz Tarnow, der die ihm gestellte Aufgabe ein Dolmetscher der Gefühle der deutschen Arbeiterschaft zu sein, in meisterhafter Weise löste. Das Thema seines Vortrages war:

Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften

Tarnow ging von dem Produktionsverlust durch die Weltkrise aus, der von Sachverständigen auf 250 bis 300 Milliarden Mark geschätzt wird. Er erinnerte dann an das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften. Wenn wir dabei, so führte er aus, die unmittelbare Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Körperschaften gefordert haben, so deswegen, weil uns das nach den gegebenen Verhältnissen mindestens als die wirksamste und sicherste Methode erscheint, den höchstmöglichen

Schadenfreude unser Gefühl sein, sondern tiefe Trauer um die zerstörten Hoffnungen bei den Arbeitslosen und Bitterkeit darüber, daß ein großer Aufwand nutzlos vertan worden wäre.

Leidenschaftlich aber müssen wir protestieren gegen den Teil des Planes, der mit unerträglicher Härte in den Lebensstandard der Arbeiterschaft und ihre sozialen Rechte eingreift. Wenn die Regierung schon 1½ Milliarden an die Unternehmer verschenkt, wenn sie noch weitere 700 Millionen an

Entschließung der Bundesausschüsse des ADGB. und des AFA-Bundes:

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung krankt an inneren Widersprüchen. Die Regierung will die Deflation bekämpfen und den Binnenmarkt beleben, senkt aber die Löhne und Gehälter. Sie will die Produktion steigern und Arbeit beschaffen, erschwert aber durch die Kontingentierungspolitik die industrielle Ausfuhr und zerstört vorhandene Arbeitsmöglichkeiten.

Diesen Widersprüchen des Wirtschaftsprogramms entspricht sein unsozialer Geist. Die Rechte und Lebensnotwendigkeiten der Arbeiter und Angestellten werden den Wünschen der Landwirtschaft und Großindustrie geopfert. Nachdem das Einkommen der Arbeitnehmer bereits auf ein unerträglich niedriges Maß gesenkt worden ist, werden Löhne und Gehälter erneut unter Druck gestellt. Während Industrie und Landwirtschaft Steuergeschenke erhalten, wird die Lebenshaltung der Arbeitnehmer durch den Kurs der Handelspolitik und die Erhöhung von Massensteuern erneut belastet. Während die Rechte der Arbeitgeber erweitert werden, unterhöhlt man das Tarifrecht und zerstört damit die Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechts. Die Regierung nutzt zugleich ihre Machtstellung dazu aus, um die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften zu lähmen.

Die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober sind für die Arbeiterschaft unerträglich. Die erzwungene Lohnsenkung steht im Widerspruch zu den Erklärungen des Reichspräsidenten, wonach „der Lebensstandard der Arbeiterschaft gesichert und

der soziale Gedanke gewahrt“ bleiben soll. Die Gewerkschaften fordern daher von der Reichsregierung, die Verordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufzuheben.

Durch die krasse Ungerechtigkeit der Regierungsmaßnahmen ist bereits eine tiefe Erbitterung und Entrüstung ins Volk getragen. Diese Politik schafft immer neue Unruhe und zerstört damit die Voraussetzung für eine Belebung der Wirtschaft. Eine Regierung, die das Lebensrecht der Arbeiterschaft mißachtet, setzt sich mit der Mehrheit des Volkes in Widerspruch. Ihr fehlt das Vertrauen des Volkes, das allein echte Autorität begründet.

Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß der Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft zugleich der ganzen deutschen Wirtschaft dient. Alle Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abgestellt ist, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pilege der Massenkaukraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes. Man kann die Krisis nicht dadurch überwinden, daß man den Arbeitswillen lähmt und sich nur auf die Initiative der Unternehmer verläßt, sondern allein mit dem Einsatz aller verfügbaren Mittel durch die öffentliche Hand.

Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften die Abkehr von überlebten Wirtschaftsformen und die Einleitung einer Neuorganisation der Wirtschaft mit dem Ziele planmäßiger Wirtschaftsführung.

Nutzeffekt an Arbeitsvermehrung zu erreichen. Für die Entfaltung einer privaten Unternehmerinitiative sind die Aussichten sehr gering. An Produktionsmitteln ist Deutschland nach der übereinstimmenden Ansicht aller Wirtschaftskenner so übersättigt, daß ein Neubedarf auf absehbare Zeit nicht vorhanden ist.

Wir haben damals einen Kreditbedarf von 2 Milliarden angenommen, um 1 Million Arbeiter für ein ganzes Jahr zu beschäftigen. Man hat uns Inflationsbedenken entgegengehalten. Der Regierungsplan will 2,2 Milliarden Steuergeschenke an die Unternehmer verteilen, und das ist es wohl, was gleiche Inflationsursache beschleunigt hat.

Wir sind in bezug auf den Erfolg nicht so hoffnungsvoll gestimmt wie die Reichsregierung. Aber wenn der Plan nicht den Erfolg bringen sollte, den seine Väter in Aussicht gestellt haben, dann wird nicht

Einstellungsprämien dazufügen kann, wie konnte sie auf den unseligen Gedanken kommen, auch noch die Lohnsenkungstrübe der Arbeiter mit in den Geschenkkorb zu werfen? Man erzählt sich, daß anfangs zwischen zwei Ministerien ein Streit darüber gewesen sei, ob Einstellungsprämien oder Lohnsenkung, und nur weil man sich nicht habe einigen können, seien schließlich beide Vorschläge zusammengebracht worden. Das wäre dann in jeder Beziehung das Gegenteil einer salomonischen Entscheidung gewesen.

Inzwischen ist die Unsinnigkeit der Lohnsenkungsvorschritten ganz deutlich geworden. Viele Unternehmer schämeu sich geradezu, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, weil sie selbst es als ein bitteres Unrecht an der Arbeiterschaft empfinden. Ganze Unternehmergruppen haben sich in diesem Sinne untereinander verständigt,

und wenn wir richtig informiert sind, ist auch von maßgeblicher Unternehmenseite der Regierung angedeutet worden, daß ein wesentliches Unternehmerinteresse für diese Lohnsenkungen überhaupt nicht vorläge. Muß das alles nicht die Regierung stutzig machen?

Wenn der Absatz von Gütern nicht vermehrt werden kann — durch den Lohndruck der Notverordnung ist eine Verminderung wahrscheinlicher —, können Arbeitereinstellungen an der einen Stelle nur Entlassungen an anderen Stellen bedeuten. Wo ist die volkswirtschaftliche Gegenleistung und ein Unternehmerrisiko, wenn die Mehreinstellung nur durch Arbeitsstreckung erreicht wird? Oder wenn den Unternehmern ohne ihr Zutun zusätzliche öffentliche Aufträge in den Schoß fallen? Oder wenn ein Unternehmer dem anderen einen Auftrag abgejagt hat? Oder wenn zwei Unternehmer sich verständigen, Aufträge von einem Betrieb nach dem anderen hinüberzuschieben?

Wenn der Staat in allen diesen Fällen den Unternehmern für nichts und wieder nichts Subventionen gibt, womit will er außerdem auch noch einen Lohntribut der Arbeiter begründen? Die Arbeiter im Betrieb sehen die Dinge so, wie sie in Wirklichkeit sind, nicht in der volkswirtschaftlichen Fiktion der Regierung: Die Arbeiter sehen, daß man sie auf die Hungerlinie herunterdrücken will, lediglich zur Bereicherung ihres Unternehmers.

In seinen weiteren Ausführungen bringt der Redner einige Beispiele für die Auswirkung des notverordneten Lohnabzuges in der Praxis. Unter anderem nennt er eine Firma Enke, einen graphischen Betrieb in Kottbus, wo zur Zeit ein Kampf gegen den Lohnabzug geführt wird. Die Firma hat 70 Arbeiter eingestellt und will dafür den Wochenlohn der Arbeiter um 12½ Prozent kürzen. Für die Firma sieht die Gewinnrechnung auf die Woche berechnet so aus:

Einstellungsprämien	540 Mk.
Lohnabzüge	875 Mk.

Insgesamt Zuschüsse 1415 Mk.

Lohn für die Neueingestellten ... 1240 Mk.

Reingewinn

175 Mk.

Der Unternehmer erhält also die Arbeit von 70 Arbeitern kostenlos und dazu noch wöchentlich 175 Mark extra. Die Belegschaft empfindet diese Zumutung wie eine räuberische Erpressung, gegen die sie sich mit aller Kraft wehrt.

Die Notverordnung übt einen starken Anreiz zur Verkürzung der Arbeitszeit aus. Wir haben die gesetzliche 40-Stunden-Woche gefordert und den Arbeitern auch zugemutet, im Interesse der Arbeitslosen nötigenfalls auch ohne Lohnausgleich dieses Solidaritätsoffer auf sich zu nehmen. Wir haben dafür auch Verständnis gefunden in einer Zeit, als die Stundenlöhne noch wesentlich höher waren. Nachdem sie nun immer weiter und weiter abgebaut worden sind, ist das Opfer für die Arbeiter allerdings auch immer schwerer geworden. Wenn nun aber die Verordnung zu den 16 Prozent Lohnausfall aus der Arbeitszeitverkürzung noch weitere 12 Prozent der Lohnsenkung

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften

ADGB AFA-BUND

- In Deutschland sind über 7 Millionen Arbeitswillige ohne Beschäftigung.
- Der Ausfall an Kaufkraft der Arbeitslosen vermindert den Absatz des Handels...
- Mit dem Aufwand von 2 Milliarden Mark müssen 1 Million Menschen mit zusätzlichen nützlichen öffentlichen Aufträgen beschäftigt werden und läßt die Fabriken ohne Aufträge.
- Es entsteht eine zusätzliche Kaufkraft.
- Die Fabriken erhalten mehr Aufträge.
- Die neu geschaffenen Werte verbleiben dem Staat. Arbeitslosen-Unterstützung wird gespart. Die Steuer-Einnahmen steigen. Die Kosten für die Arbeitsbeschaffung werden somit zum größten Teil gedeckt.
- Neue Arbeitskräfte werden eingestellt.
- Die Gewerkschaften kämpfen für die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts.

Hinein in die Gewerkschaften!

hinzufügt, dann allerdings geht das weit über das noch erträgliche Maß hinaus. Damit ist unserer Idee der Arbeitszeitverkürzung wahrhaftig kein Dienst erwiesen, sondern es wird ihr damit das moralische Fundament in der Arbeiterschaft zerschlagen.

Eine Unmöglichkeit ist der § 7 der Verordnung, der „gefährdete Betriebe“ dadurch retten will, daß er dem Schlichter das Recht gibt, für sie den Tariflohn bis zu 20 Prozent zu senken. Wenn diese Idee in das allgemeine Arbeitsrecht eingefügt werden sollte, wäre das schließlich das Ende der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse, aber auch eine Groteske im kapitalistischen Konkurrenzsystem. In einer Krise, die den gesamtwirtschaftlichen Auftragsbestand auf die Hälfte reduziert hat, für manche Wirtschaftszweige auf ein Drittel und noch weniger, muß doch selbstverständlich die Zahl der gefährdeten Betriebe riesengroß anwachsen. Wenn man einen solchen Betrieb durch Lohnsenkung wieder konkurrenzfähig machen könnte, müßte dafür ein anderer aus der Konkurrenz verschwinden. Und wenn man diesem dann auch die Lohnsenkung zubilligen würde und schließlich die ganze Reihe durchkäme, dann würden am Ende ganz bestimmt nicht weniger, sondern mehr gefährdete Betriebe vorhanden sein, weil ja damit nur weitere Aufträge zerstört worden wären.

Der § 7 ist ein ganz bösariges Instrument, um den Tarifvertrag auf kaltem Wege erledigen zu können, und überhaupt ist der ganze Wirtschaftsplan so tarifvertragsfeindlich, daß die Gewerkschaften sehr ernsthaft vor die Frage gestellt sind, ob es für sie überhaupt nicht besser ist, die Tarifverträge aufzugeben.

Als mit dem Lohnabbau amtlich begonnen wurde, hat man den Arbeitern gesagt, hinterher würden auch die Preise so weit sinken, daß der Reallohn bald wieder der alte sein würde. Diesmal macht man nicht einmal den Versuch, den Zusammenhang zwischen Lohn und Preisen aufrechtzuerhalten. Der Herr Reichskanzler hat zwar bei der Bekanntgabe des Planes verkündet, daß die Deflationspolitik zu Ende sei. Da aber dieser Plan selbst unerhörte Lohnsenkungen verordnet, bezieht sich die Ankündigung also nur auf die Preise.

Jetzt geht dann auf die Handelspolitik der Regierung ein, auf die Politik der Exportzinsen und Kontingenterungen, die bereits zu gefährlichen Gegenmaßnahmen in anderen Ländern geführt haben. Unser Export ist schon auf weniger als die Hälfte gesunken. Wenn die Regierung ihren Kurs nicht schnellstens ändert,

muß eine weitere katastrophale Verschlechterung eintreten, und das wäre wiederum ein schwerer Schlag gegen die Arbeiterschaft. Hunderttausende, wenn nicht eine in die Million gehende Ziffer neuer Arbeitsloser stünden dabei in Aussicht.

Das alles geschieht angeblich im Interesse der Landwirtschaft. Wir haben durchaus Verständnis auch für die Not der Landwirte, aber auf eine so simple Art, die Löhne der Industriearbeiter zu senken und die Agrarpreise zu erhöhen, ist ganz bestimmt die Agrarkrise nicht zu lösen. Die Lage der Landwirtschaft ist aufs engste und unlösbar verbunden mit der Konsumfähigkeit der breiten Massen. Wer der Arbeiterschaft den Brotkorb höher hängt, wer ihr die Butter vom Brot nimmt und das letzte Stückchen Fleisch aus dem Kochtopf holt, der greift auch der Landwirtschaft nach der Gurgel.

Die Reichsregierung wird wohl selber nicht damit rechnen, daß ihre Gesamtpolitik in den Massen der Arbeitnehmer Sympathien genießt. Soviel Einsicht aber müßten wir trotzdem von ihr erwarten dürfen, daß sie ihre wirtschaftlichen Maßnahmen nicht noch mit überflüssigen sozialen Härten verbindet.

Die Regierung sollte sich hüten, den Bogen zu überspannen. Die Staatsautorität kann nicht schlimmer erschüttert werden, als wenn das offenkundige Recht bei denen ist, die sich gegen Gesetze und gegen die Staatsautorität zur Wehr setzen, weil sie es müssen. Denn es gibt ein Naturrecht, das höher steht als alles geschriebene Recht, das von keinem Staatsakt und von keiner Obrigkeit annulliert werden kann: das Naturrecht der geschundenen Kreatur gegen sinnlose Vergewaltigung. Die Regierung mag es nicht so empfinden, aber die Arbeiterschaft empfindet es so. Sie fühlt sich einer Vergewaltigung ausgesetzt, und aus dem tiefsten Bewußtsein eines sittlichen Rechts ist ihre Widerstandsbewegung eine spontane und elementare.

Die Regierung hat es noch in der Hand, ihren Wirtschaftsplan von den offenkundigen antisozialen Fehlkonstruktionen zu bereinigen, und wir fordern sie dringend auf, damit nicht länger zu zögern.

Die gegenwärtige Reichsregierung leitet Amt und Auftrag vom Reichspräsidenten ab. Wir wissen wohl, daß der Herr Reichspräsident die Notverordnungen unterschrieben hat, aber wir erinnern uns auch, daß vorher feierlich verkündet wurde:

„Der Reichspräsident ersuchte den Reichskanzler, bei der Ausarbeitung der einzelnen Bestimmungen darauf zu achten, daß der Lebensstandard der deutschen Arbeiter-

schaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe.“

Wir müssen leider feststellen, daß dieses Versprechen nicht eingelöst worden ist. Oder wollte ein Vertreter der Regierung die Behauptung wagen, der Lebensstandard der Arbeiterschaft sei durch diesen Plan nicht heruntergedrückt, der soziale Gedanke sei nicht beschädigt worden? Wir erinnern an das Versprechen des Herrn Reichspräsidenten, dessen Erfüllung wir für

die deutsche Arbeiterschaft beanspruchen. Ich hoffe, daß unsere Darlegungen nicht spurlos an den Erwägungen der Reichsregierung vorübergehen, daß sie erneut in eine Prüfung der Sachlage eintritt und daß das Ergebnis in der schleunigen Aufhebung der Verordnung vom 5. September besteht.

Der zweite Referent war Clemens Nörpel vom Vorstand des ADGB. Das Thema seines Vortrages lautete:

Der Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts

Die Gewerkschaften haben, so führte er aus, nicht nur ernste Bedenken gegen das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung in lohnpolitischer und sozialpolitischer Hinsicht. Dazu kommen noch die ebenso ernsten Bedenken der Gewerkschaften gegen die tiefgehenden Eingriffe der Reichsregierung in die Rechtsstellung der Arbeiter im Staat sowie in das Tarifrecht und das Arbeitsvertragsrecht.

Die Reichsregierung hat durch ihre Maßnahmen Rechtsgrundlagen angegriffen, die gleichzeitig die Grundlagen jedes Staatslebens sind. Durch die vorgenommenen Eingriffe in die Normenwirkung der Tarifverträge, durch die teilweise Beseitigung der Unabdingbarkeit ist die Vertragstreue stark erschüttert worden.

Die Gewerkschaften haben an der Gleichberechtigung der Arbeiterklasse und an der Vertragstreue ein um so größeres Interesse, als ihre Wirksamkeit sich auf sie gründet. Gerade aus diesen Gründen sind es auch die Gewerkschaften, die gar nicht daran denken, sich gegen den Grundsatz der Vertragstreue zu wenden. Aber aus denselben Gründen kann man von den Gewerkschaften wiederum auch nicht verlangen, daß sie ihre Hand zu Maßnahmen bieten sollen, durch die die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse und die Vertragstreue nicht nur angetastet, sondern bereits beseitigt werden.

Niemals haben oder hatten die Gewerkschaften die Absicht, die durch den Abschluß dieser Tarifverträge übernommene Friedens- und Durchführungspflicht zu verletzen. Aber gegenüber anderen, nicht dem Tarifinhalt entsprechenden Abmachungen gibt es keine Friedenspflicht. Es sind also Gründe staatspolitischer und rechtlicher Art, durch die die Haltung der Gewerkschaften entscheidend bestimmt wird. Unser ganzes Staatsleben, die Zukunft des deutschen Volkes hängen ab von der Erhaltung der Grundrechte, die in der Reichsverfassung gewährleistet sind und für die heute allein die Gewerkschaften eintreten.

Die Arbeiterklasse muß sich darüber klar sein, daß der gegenwärtige Kampf ein Kampf um die persönliche Freiheit des Arbeiters und ein Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse ist.

Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften kämpfen für die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts. Sie stehen in diesem Kampf so gut wie allein, sie sind nur auf ihre eigene Kraft angewiesen. Deshalb ist Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung gegenwärtig oberstes Gesetz. Die Arbeiter, die bisher abseits standen, werden nun endlich auch begreifen, daß sie sich den Gewerkschaften anschließen müssen, wenn sie nicht rechtlos werden wollen. Die Gewerkschaften kämpfen für die Menschenrechte.

Nach einem eindringlichen Schlußwort brachte der Vorsitzende des AFA-Bundes, Aulhäuser, die auf der Vorderseite dieses Blattes abgedruckte Entschliebung zur Abstimmung. Sie wurde einstimmig angenommen. Hierauf wurde die imposante Kundgebung geschlossen. Bemerkenswert sei noch, daß der Reichskanzler sowie der Wirtschafts- und der Arbeitsminister zu dieser Kundgebung eingeladen waren. Herr v. Papen hat in letzter Zeit auf einer Reihe von Unternehmertagungen Reden gehalten, leider war es ihm nicht möglich, auch bei den Gewerkschaften zu erscheinen, um die Ansicht der Arbeiter kennenzulernen. Auch die Minister Warmbold und Schaeffer waren am Erscheinen verhindert. Als Vertreter der Reichsregierung war nur Ministerialdirektor Sitzler erschienen, der den Auftrag hatte, dem Reichskanzler persönlich über die Kundgebung zu berichten. Ob dem Reichskanzler gegenüber dem Beifall, der ihm auf den Tagungen der Unternehmer gezollt wurde, die Stimme der Arbeiter bedeutsam genug erscheinen wird, um aus der geübten Kritik die notwendigen Schlüsse zu ziehen, das wagen wir allerdings nicht zu behaupten.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung

- Ihr liegen nur die Wünsche der Besitzenden nahe.
- Sie beachtet nicht die Not der Arbeitslosen.
- Die Regierung will an die Besitzenden Steuergutscheine für mehr als 2 Milliarden Mark verteilen.
- Das soll die Wirtschaft ankurbeln.
- Man weiß aber nicht, ob das geschenkte Geld im Lande bleibt.
- Zugleich wird den Unternehmern gestattet, die Tariflöhne zu unterschreiten.
- Und die Regierung verteilt an die Unternehmer Prämien für Neueinstellungen.

Das Geld muß... in die Tasche des Kapitalisten... rollen.

Es wird mehr produziert. Wie werden aber die Waren abgesetzt, wenn der Staat bei den Arbeitern ebensoviel wegnimmt, wie er an die Besitzenden verschenkt? Durch den neuen Lohnabbau bereitet die Regierung den Mißerfolg ihres Wirtschaftsprogramms selbst vor.

Wählt am 6. November Liste 2

Um was geht es bei der Siedlung?

Die Frage der Siedlung steht heute im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Siedlung, das heißt kleinbäuerliche Siedlung, gilt als Patentlösung des Problems Erwerbslosigkeit. Vor solchen Illusionen kann nicht dringend genug gewarnt werden. Sie gefährden den gesunden und wertvollen Kern des großen Gedankens, um den es hier geht.

Was bedeutet Siedlung in der Welt der Tatsachen, und was hat man praktisch von ihr zu erwarten?

Die Notwendigkeit der Siedlung ergibt sich zwangsläufig einmal aus der vorsintflutlichen Bodenverteilung in Deutschland, also aus dem untragbaren Gegensatz zwischen dem menschenleeren Osten und dem überbevölkerten Westen, und sodann aus dem Bankrott zahlloser Großgüter, für die eine neue Form der Bewirtschaftung gefunden werden muß.

Deutschland ist immer noch ein Land mit überstarkem Grundbesitz. Nach der Betriebszählung von 1925 gibt es im Reich noch 18700

Was hier auf dem Spiel steht und was hier an geschichtlichen Sünden des Kaiserreichs wieder gutgemacht werden muß, das mögen noch folgende Daten andeuten. In den letzten 85 Jahren haben allein die drei Provinzen Ostpreußen, Pommern und Schlesien durch Abwanderung 2 559 300 Menschen verloren. Das wirtschaftlich und national gefährdete Ostpreußen ist daran allein mit einem Verlust von fast einer Million Menschen beteiligt. Dazu hat neben den Lohn- und Wohnungsverhältnissen der Landarbeiter, die eine Schmach waren, auch die Zerschlagung von Bauernwirtschaften durch den Großgrundbesitz in starkem Maße beigetragen. Nach der verhünzten Steinschen Agrarreform sind allein bis 1870 mehr als eine Million Hektar Bauernland in Herrenland umgewandelt worden. Der Adel, unter den Hohenzollern politisch allmächtig, hat hier ganz im Geist des Raubrittertums die Bauern gebrandschatzt.

Was hat das Kaiserreich, das alle Macht und alles Geld dazu hatte, diesen Dingen gegenüber getan?

einem harten Nein hineingefahren. Brünings Plan, 2 Millionen Morgen Herrenland im Zwangsverfahren billigst auszukufen und darauf 40 000 Bauernstellen zu errichten, wurde dem Reichspräsidenten als Siedlungsbolschewismus denunziert. Daran nicht zuletzt scheiterte Brüning. Der Feudaladel versucht ein letztes Mal, den Osten auf seine Manier zu retten. Er schlägt dem Bauer die Tür vor der Nase zu.

Die Feudalherren irren sich. Sie werden das Rad der Geschichte nicht mehr aufhalten. Das Ziel bleibt: Bauerndorf an Bauerndorf im deutschen Osten. Das Tempo seiner Verwirklichung hängt davon ab, ob es gelingt, Arbeiter und Kleinbauern, Industrieproletarier und Agrarproletarier zu gemeinsamer Arbeit im Dienst dieser Idee zu einigen. Das ist eine große Aufgabe unserer Tage.

H. Tempel.

Viel Geschrei und wenig Wolle

Die seit einiger Zeit angekündigte Verordnung über die Verbesserung der Arbeitslosenhilfe ist am 19. Oktober verkündet worden. Sie ist betitelt als „Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen“ und stützt sich auf die Bestimmung der Verordnung vom 4. September, welche die Reichsregierung beauftragt, die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen.

Die neue Verordnung bringt eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Und zwar erhalten in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April

zember 1931 bleiben von den auf die Sozialrenten anzurechnenden Versorgungsbezügen 25 Mk. im Monat von der Anrechnung frei, soweit es sich um Renten handelt, die vor dem 1. Januar 1932 festgestellt sind. Diese Freigrenze soll nach der neuen Verordnung auch für die nach dem Stichtage festgestellten Renten gelten.

Die Verbesserungen, die hier den notleidenden Arbeitern geboten werden, stehen in keinem rechten Verhältnis zu dem Lärm, der darüber gemacht wurde. Die Zulagen in der Arbeitslosenunterstützung werden in den fünf Monaten, für die sie vorgesehen

landwirtschaftliche Großbetriebe, also Betriebe, deren Größe 100 Hektar übersteigt. Diese wenigen Güter aber umfassen nicht weniger als ein volles Fünftel des landwirtschaftlich genutzten Grund und Bodens. Ihnen stehen etwa fünf Millionen bäuerliche Betriebe gegenüber, von denen zwei Millionen als Zwergbetriebe mit einem halben bis zwei Hektar kümmerlich wirtschaften müssen. Östlich der Elbe umfaßt der Großbesitz, überwiegend in den Händen des Feudaladels, im Durchschnitt 40 Prozent, in einigen Gebieten bis zu 80 Prozent der Bodenfläche. Ein paar tausend Riesengüter umfassen 20,2 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche, dagegen die mehr als drei Millionen Kleinstbetriebe nur 6,2 Prozent. Dabei sind bei den Großgütern die unverwertbaren Bodenflächen, bei den Zwergbetrieben die Kleingärten und Parzellenwirtschaften noch völlig außer Betracht geblieben.

Von der Größe der Feudalbetriebe gibt die nachstehende Tabelle eine Vorstellung. Es besitzen u. a. immer noch:

Conrad Graf Finkenstein	20 877 ha
Fürst von Thurn und Taxis	21 256 ha
Die Erben des Königs von Sachsen	21 945 ha
Freiherr v. Brühl	22 891 ha
Friedrich Leopold v. Preußen ..	25 042 ha
Graf Arnim-Muskau	26 770 ha
Engelbert Herzog v. Arensburg ..	27 842 ha
Reichsfreiherr v. Schaffgotsch ..	27 868 ha
Graf Tiele-Winckler	28 882 ha
Friedrich Herzog von Anhalt ..	29 300 ha
Dessau	29 300 ha
Herzog v. Ratibor, Rauden	31 128 ha
Fürst Ernst Stolberg-Wernigerode	36 739 ha
Fürst zu Solms-Baruth	38 774 ha
Fürst Höhenlohe-Ohringen	48 221 ha
Wilhelm v. Hohenzollern	97 043 ha

15 Besitzer zusammen 504 578 ha

Ein großer Teil der Herrngüter, besonders in Ostelbien, ist wirtschaftlich am Ende. Falsche Betriebsformen, die Konkurrenz der überseeischen Getreidefabriken und nicht zuletzt ein unsinniger Luxus mancher Eigentümer haben sie zugrunde gerichtet. Der Boden muß deshalb in neue, lebensfähige Betriebsformen übergeführt werden. Dazu gehört neben anderen Möglichkeiten die bäuerliche Wirtschaft.

Die „Königliche Ansiedlungskommission“, die der Hauptträger der damaligen Siedlung war, hat von 1886 bis 1918 nur rund 23 000 Bauernstellen angelegt, das sind im Jahresdurchschnitt ganze 750 Existenzen. Hinzukommen für diesen ganzen Zeitraum ein paar hundert Landarbeiterwohnungen. Verglichen mit dem reißenden Strom der Landflucht also ein Nichts. Es gab Gegenden im Osten, die dünner bevölkert waren als Rußland, ja als Sibirien. Die Feudalkultur, die gekachelte Pferdeställe und ungedielte Schmitterkasernen nebeneinander vor ihrem Gewissen ertrug, hat den Osten ruiniert.

Hier hat die Arbeit der Republik eingesetzt. In vorderster Linie standen die Vertreter der Sozialdemokratie. Das erste Reichssiedlungsgesetz trägt das Datum des 11. August 1919. Zugrunde lag ihm der Gedanke, pro Jahr im Osten 10 000 Bauernstellen zu schaffen. Das Ziel ist erreicht worden. Nach schwachen Anfängen, durch die Inflation fast zerstört, hat sich seit 1926 der befruchtende Strom der Siedlungsmillionen in den Osten ergossen. Das Reich machte fünf Jahre lang alljährlich je 50 Millionen an Zwischenkrediten mobil. Insgesamt ist von 1924 bis 1931 die Summe von einer halben Milliarde an öffentlichen Mitteln in das große Siedlungswerk hineingesteckt worden. Das ist eine gewaltige Leistung!

Erbaut wurden in den letzten Jahren je 10 000 neue Bauernstellen. Das heißt, es wurde eine Existenz geschaffen für jährlich 50 000 Menschen. Insgesamt beträgt die Zahl der mit Reichs- und Staatsmitteln bis 1931 geschaffenen neuen Bauernstellen im Osten 29 881, der Anliegersiedlung (Vergrößerung lebensunfähiger Kleinbauernstellen) 109 427 und der Landarbeiterwohnungen 23 418. Rechnet man Mecklenburg, Holstein, Oldenburg und das Emstand hinzu, so dürfte allein die Zahl der neuen Bauern- und Landarbeitersiedlungen einschließlich der Arbeiterwohnungen an 70 000 herankommen. Das ist eine geschichtliche Leistung trotz allem. Eine Leistung der Republik, die der Gegner beschweigt. Eine Leistung, zu der wir aus voller Stolz bekennen.

Witten in diese große Zukunftsarbeit ist das Kabinett Papen-Schleicher mit

1933 Arbeitslose, die versicherungsmäßige Unterstützung oder Krisenunterstützung nach den Lohnklassen I bis VI mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, zu der Unterstützung eine wöchentliche Zulage. Die Zulage beträgt für je 6 Unterstützungstage mit einem oder zwei zuschlagberechtigten Angehörigen 2 Mk.; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf 3 Mk. und bei mehr als vier Angehörigen auf 4 Mk. Bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit bleibt die Zulage außer Betracht.

Arbeitslose einer höheren Lohnklasse als VI erhalten die Zulage, wenn ihr bisheriger Unterstützungssatz den Satz der Klasse VI einschließlich der Zulage nicht erreicht, als Zulage wird in diesem Falle der Unterschiedsbetrag gewährt.

In allen Orten über 50 000 Einwohnern wird die Unterstützung auf die Sätze gebracht, die bisher nur für die Sonderklasse und die Ortsklasse A galten. Für alle Orte der Ortsklasse B gelten die Sätze, die bisher nur für die Orte dieser Klasse mit mehr als 10 000 Einwohnern galten.

Zum Ausgleich von Härten, die sich in besonderen Fällen aus der Bemessung der Arbeitslosenunterstützung nach Ortsklassen und Gemeindegößen in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis 1. April 1933 ergeben, kann aus den Mitteln der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein Betrag bis zur Höhe von 8 Millionen Mark verwendet werden.

In der Krankenversicherung läßt die neue Verordnung in beschränktem Umfang Mehrleistungen zugunsten der Angehörigen der Versicherten auch bei Überschreiten des Höchstsatzes wieder zu. Es soll gestattet sein, Krankenhauspflege für Familienangehörige oder einen Zuschuß an Stelle der Krankenhauspflege zu gewähren, ferner das Hausgeld zu erhöhen, das bei Aufnahme eines Versicherten in das Krankenhaus für seine Familie zu zahlen ist.

In der Unfallversicherung werden nach der Verordnung vom 14. Juni die Renten um 7½ Prozent gekürzt. Diese Kürzung fällt bei Renten für Unfälle, die sich nach dem 31. Dezember 1932 ereignen, fort.

Ferner sieht die neue Verordnung Milderungen hinsichtlich der Kriegsoffizierrenten vor. Nach der Notverordnung vom 8. De-

sind, schätzungsweise etwa 50 Millionen Mark erfordern. Mehr als 500 Millionen Mark sind aber durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 an den Arbeitslosen eingespart worden. Vergleicht man die Zulagen an die Arbeitslosen mit den 2,2 Milliarden, die an Steuergeschenken den Unternehmern zugewiesen wurden, dann erscheint erst diese Verbesserung der Arbeitslosenhilfe im rechten Licht.

Maschine und Arbeitslosigkeit

Bei der mit so großem Eifer betriebenen Rationalisierung war das Ziel, menschliche Arbeitskraft so weit als möglich durch mechanische Hilfsmittel zu ersetzen. Insofern ist die Rationalisierung zu einem guten Teil schuld an der herrschenden Arbeitslosigkeit. Die Rationalisierung muß aber nicht notwendig Arbeitslosigkeit erzeugen. Darauf hat auf der kürzlich in Dresden abgehaltenen Tagung des Vereins für Sozialpolitik Professor Saitz in Zürich hingewiesen. Nach seinen Darlegungen läßt sich die ungünstige Wirkung der Rationalisierung verhüten, wenn fünf Momente gebührend beachtet werden. Nämlich: 1. wenn durch Preissenkung ein Mehrabsatz erfolgt, 2. wenn eine stärkere Nachfrage nach anderen Gütern ausgelöst, 3. wenn der Lohn erhöht, 4. wenn die Arbeitszeit verkürzt wird und 5. wenn durch Ersparnisse der Rationalisierung Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden kann.

Diese Momente sind bei der Rationalisierung nicht in Betracht gezogen worden. Das ist in der kapitalistischen Wirtschaft, in der das Gewinnstreben der treibende Faktor ist, gar nicht anders denkbar. Diese Jagd nach dem privaten Gewinn, die auf das Schicksal der durch die Maschine freigesetzten Arbeiter keine Rücksicht nimmt, hat den Kapitalismus in die Krise geführt, aus der er keinen Ausweg sieht. Der einzige Ausweg ist die sozialistische Planwirtschaft, bei der das Wohlergehen aller Volksgenossen der leitende Gedanke ist. Deshalb fordern wir die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der landwirtschaftlichen Großbetriebe und der Banken als Mittel zur Durchführung einer planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft.



Aus dem Verbandsleben



Holzgewerbe in der Provinz Brandenburg

Das am 7. Juli abgeschlossene Lohnabkommen für das Holzgewerbe in der Provinz Brandenburg, Grenzmark Posen-Westpreußen und Nachbargebieten ist nach vollzogener Kündigung am 30. September abgelaufen. Für die Erneuerung wurden Verhandlungen auf den 26. September anberaumt, und die Unternehmer kündigten an, daß sie beantragen würden, den Ecklohn von 90 Pf. auf 79 Pf. herabzusetzen. In den Verhandlungen selbst ermäßigten sie ihre Forderung auf 81 Pf., aber eine Verständigung war auf dieser Grundlage nicht möglich. Die Verhandlungen wurden auf den 3. Oktober vertagt, und da auch jetzt keine Einigung zustande kam, noch einmal auf den 14. Oktober. Zugleich machten die Unternehmer den schlaun ausgetüftelten Vorschlag, eine vorläufige Abmachung zu treffen, nach welcher die zu vereinbarenden Löhne vom 1. Oktober an gelten sollen, dafür sollte den Unternehmern in den Betrieben freie Hand gelassen und gegen etwaige Lohnabzüge keine Kampfmaßnahmen getroffen werden. Dabei hatten die Syndizi der Unternehmer schon vorher ein Rundschreiben versandt, in welchem die Mitglieder angewiesen wurden, sich mit ihren Arbeitern auf einen Lohn entsprechend einem Ecklohn von 81 Pf. zu verständigen, und wo das nicht gelingt, den Arbeitern zum Tagesschluß zu kündigen, um dann den Lohn zu diktieren.

Dieser Plan scheiterte an dem Widerstand unserer Kollegen. Wo unsere Kollegen das Ansinnen, den herabgesetzten Lohn anzuerkennen, zurückwiesen, ließen es die Unternehmer bei dem seitherigen Zustand bewenden. Nur bei der Firma Türkritz in Brandenburg bedurfte es dazu eines einträglichen Streiks. In einigen Betrieben wurden dann noch ebenso ergebnislose Versuche gemacht, sich auf einen geringeren Abzug zu einigen. Jedenfalls war der Plan, für den 14. Oktober fertige Tatsachen zu schaffen, gescheitert. Als die Verhandlungen an diesem Tage gleichfalls ergebnislos blieben, wurde nunmehr auf Vorschlag der Unternehmer vereinbart, gemeinsam den Schlichter anzurufen.

Abgewehrte Lohnsenkung

Die Kinderwagenfabriken in Zeitz haben, wie alljährlich in den Monaten September und Oktober, eine Anzahl Arbeiter eingestellt und wollten den Lohn für die 31. bis 40. Stunde um 40 bis 50 Prozent kürzen. Dieses Verlangen ist auf den Einspruch unserer Kollegen vom Schlichter zurückgewiesen worden. In seiner Entscheidung, welche die Firma Gärtner betrifft, sagt der Schlichter, daß die Kinderwagenfabriken Saisonbetriebe sind, die unter § 2 der Verordnung vom 5. September fallen. Wenn die Firma nachweist, daß sie in den Monaten September bis März mehr Arbeiter beschäftigt als in den gleichen Monaten der früheren Jahre, kann sie beim Schlichter einen Antrag auf Ermächtigung nach § 5 der Verordnung stellen.

Bleistiftfabrik Kurz in Nürnberg

Über die Arbeitseinstellung in der Bleistiftfabrik Kurz haben wir berichtet. Die Firma wollte den Lohn für die 31. bis 40. Stunde um 50 Prozent kürzen. Die Kollegen beschlossen darauf, nur 30 Stunden zu arbeiten. Darauf ging die Firma nicht ein, so daß es zur Arbeitseinstellung kam. Die Firma hat einige berufstüchtige Stahlheime geholt, die sich mit einigem Erfolg um die Reparatur von Maschinen und Material bemühen. Neuerdings hat sich auch der Fabrikdirektor beim 21. (bayerischen) Landesarbeiter als Streikbrechervermüder angeboten. Er hat auch andere

Reichswehrstellen zu gleichem Tun veranlaßt. Es sind Schreiben an Versorgungsanwärter hinausgegangen mit dem Anheimgen, sich als Streikbrecher bei Kurz zu betätigen. Da sich fachkundige Arbeiter nicht zum Streikbruch hergeben, ist die Firma in der Klemme. Neuerdings hat der Schlichter versucht, eine Verständigung zwischen den Organisationsvertretern herbeizuführen.

Nicht gefährdet

Die Firma Josef Gebmann, Spezialfabrikation für moderne Stahlrohrmatratzen, Rolläden und Jalousien, die jetzt Möbelfabrikation in Walsum am Rhein betreibt, glaubte, daß ihr Betrieb gefährdet sei, und stellte beim Schlichter für den Bezirk Westfalen den Antrag, die Tariflöhne gemäß § 7 der Verordnung vom 5. September 1932 zu senken. Der Schlichter konnte sich von der Notwendigkeit einer solchen Maßnahme nicht überzeugen und hat den Antrag abgelehnt.

Aus dem Saargebiet

Die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung gilt nicht ohne weiteres auch für das Saargebiet. So wird dort die Arbeitszeit durch eine Verordnung geregelt, welche im § 1 die tägliche Arbeitszeit auf 8 Stunden, die wöchentliche auf 48 Stunden festsetzt. Aber die Verordnung hat auch einen § 5, der bestimmt, daß in den Betrieben, in denen bei Erlass der Verordnung die Arbeitszeit abweichend festgesetzt war, die bestehende Arbeitszeit bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung bestehen bleibt. Die Arbeitszeitverordnung gilt nun seit acht Jahren, die anderweitige gesetzliche Regelung ist aber bisher nicht erfolgt. Demnach gilt der

Achtstundentag nur für die nach dem Jahre 1924 errichteten Betriebe.

Die Gewerkschaften geben sich große Mühe, die Arbeitszeit zu verkürzen. Wo grobe Überschreitungen festgestellt werden, wird der Regierungskommission Mitteilung gemacht, die somit genügend Material für die gesetzliche Regelung hat. Diese wird aber auf die lange Bank geschoben, und der erwähnte § 5 verhindert ein Einschreiten gegen die Unternehmer. Auch die neueren Betriebe werden bei Überschreitung der Arbeitszeit nicht sehr hart angefaßt. Es ist daher kein Wunder, wenn trotz der großen Arbeitslosigkeit noch recht lange Arbeitszeiten üblich sind.

Nach der amtlichen Statistik sind in der Holzindustrie noch 1300 Facharbeiter, darunter 1200 Bau- und Möbelschreiner, arbeitslos. Trotzdem gibt es eine Reihe von Betrieben, in denen regelmäßig neun, ja auch zehn Stunden gearbeitet wird. In Saarbrücken werden eine große Zahl Geschäftshäuser umgebaut. Dabei haben einzelne Arbeiter Schichtzeiten von 12 bis 15 Stunden. In den Möbelfabriken in Saarlouis und den meisten Stuhlfabriken in Fraulautern ist die zehnstündige Arbeitszeit üblich. In manchen Buden wird von morgens 7 bis abends 8 Uhr geschuftet. Ein Sägewerk, die Firma Scheuck in Homburg, hat längere Zeit Tag und Nacht in zwei Schichten arbeiten lassen. Dabei gab es genügend Arbeitslose, so daß mit Leichtigkeit in drei Schichten hätte gearbeitet werden können.

Kennzeichnend für die Zustände ist die Erledigung einer Beschwerde gegen die Firma Stein, die in Püttlingen eine Möbelfabrik eröffnet hat, in der 10 bis 12 Stunden täglich gearbeitet wird. Die Regierungskommission hat unserer

Verwaltungsstelle ausführlich geantwortet. Hiernach hätte die Firma schon vor dem Kriege bestanden. Im Jahre 1928 hat sie zwar eine neue Fabrik gebaut, aber sie hat die Maschinen aus dem alten Betrieb hinübergenommen und ist mit 8 bis 10 Arbeitern in die neue Fabrik gezogen. Wenn die Zahl der Arbeiter auch seither auf 36 gestiegen ist, so handelt es sich doch um einen alten Betrieb. Vor der Arbeitszeitverordnung betrug die Arbeitszeit 9 Stunden. In der ersten Hälfte des Jahres 1932 sei ausweislich des Lohnbuches nicht über 48 Stunden gearbeitet worden, seit Juli d. J. müßten einzelne Arbeiter bis 60 Stunden arbeiten. Von Ende Juli bis September habe die Arbeitszeit durchschnittlich 54 bis 58 Stunden betragen. Wohl wurde amtlich auf die Firma eingewirkt, möglichst wenig Überstunden zu verlangen, aber gesetzlich ist wegen der Arbeitszeitverordnung nichts zu machen. Die amtliche Mitteilung gibt auch Auskunft über die Löhne. Jüngere Arbeiter, meist Hilfsarbeiter, verdienen bis 2,30 Fr. die Stunde. 7 Schreiner im 20. Lebensjahr 2,50 Fr., 7 ältere 4 Fr. Weitere Stundenlöhne betragen 2,60, 2,70, 3,—, 3,70, 3,90, 4,10, 4,20 und 5,20 Fr. (Im Saargebiet gilt die französische Währung, 1 Frank = 16 Pf.)

An den unleidlichen Zuständen tragen zu einem guten Teil die Behörden schuld, die bei ihren Aufträgen die Lieferfristen zu kurz bemessen. Dieses schlechten Beispiel folgen die privaten Auftraggeber. Aber trotzdem könnten die Arbeiter dem Übel kräftiger entgegenwirken, wenn sie in ihren Organisationen fest zusammenstehen. Leider hat auch im Saargebiet die Organisation unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit sehr gelitten. Durch eine planmäßige Agitation muß diese Scharte ausgewetzt werden.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das zweite Vierteljahr 1932

Einnahmen	Für die Verbandskasse		Für die Lokalkassen		Ausgaben	Für die Verbandskasse		Für die Lokalkassen	
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.		Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Beitrittsgeld zu 100 Pf.	509,—	—	—	—	Für Streiks und Aussperrungen	49 909,95	—	5 865,97	—
„ „ 50 Pf.	96,—	—	—	—	„ Lohnverhandlungen	4 296,60	—	3 608,16	—
„ „ 10 Pf.	36,30	—	—	—	„ Arbeitslosenunterstützung	331 993,97	—	—	—
Beiträge zu 160 Pf.	13 947,20	—	—	—	„ Krankenunterstützung	37 407,59	—	—	—
„ 150 „	6 280,50	—	—	—	„ Invalidenunterstützung	148 422,70	—	—	—
„ 140 „	28 483,—	—	—	—	„ Reiseunterstützung	3 498,—	—	—	—
„ 130 „	26 327,60	—	—	—	„ Umzugsunterstützung	1 871,50	—	—	—
„ 120 „	49 455,60	—	—	—	„ Notfallunterstützung	1 795,—	—	21 476,94	—
„ 110 „	42 744,90	—	—	—	„ Unterstützung in Sterbefällen	18 257,70	—	—	—
„ 100 „	77 516,—	—	—	—	„ Gemäßregeltenunterstützung	527,—	—	—	—
„ 90 „	53 001,—	—	—	—	„ Rechtsschutz und Prozeßkosten	2 189,88	—	—	—
„ 80 „	65 478,40	—	—	—	„ „Holzarbeiter-Zeitung“	55 779,98	—	—	—
„ 70 „	49 814,10	—	—	—	„ „Holzarbeiter-Jugend“	2 434,75	—	—	—
„ 60 „	40 038,60	—	—	—	„ „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“	131,76	—	—	—
„ 50 „	33 024,50	—	—	—	„ Bibliotheken	838,09	—	—	—
„ 40 „	12 869,60	—	—	—	„ Agitation und Bezirkskosten	10 695,30	—	26 769,24	—
„ 30 „	10 966,50	—	—	—	„ Agitation durch die Gauvorstände	58 829,67	—	—	—
„ 20 „	6 772,30	—	—	—	„ Druck- und Buchbinderarbeiten	5 704,05	—	8 564,79	—
„ 10 „	6 080,—	—	—	—	„ Konferenzen und Delegationen	4 001,65	—	—	—
Invalidenbeiträge	68 935,90	—	—	—	„ Verwaltungskosten (persönliche)	57 292,95	—	164 708,94	—
Lokalbeiträge	—	—	209 256,20	—	„ (sachliche)	20 031,97	—	62 379,95	—
Lokalbeiträge nach § 15 des Statuts	—	—	91 328,95	—	„ Einkassierung der Beiträge	—	—	72 595,30	—
Bezirksbeiträge	847,70	—	—	—	An den ADGB	7 162,05	—	24 487,33	—
Zinsen	126 546,85	—	11 035,65	—	Für Bezirksbeiträge	—	—	428,16	—
Sonstige Einnahmen	1 928,63	—	22 566,59	—	„ Versicherungsbeiträge	16 490,33	—	—	—
Ausgleich	50 513,46	—	158 969,58	—	„ Unkosten im Bankverkehr	2,—	—	—	—
					„ Zinsen	80 525,—	—	—	—
Gesamteinnahmen	766 118,54		493 156,97		Sonstige Ausgaben	1 414,95	—	9 140,25	—
					Ausgleich vom vorigen Vierteljahr	80 949,76	—	149 225,61	—
					Gesamtausgaben	1 002 454,15		549 245,74	

Abschluss:

	Verbandskasse	Lokalkassen
Gesamteinnahmen	766 118,54 Mk.	493 156,97 Mk.
Gesamtausgaben	1 002 454,15 „	549 245,74 „
Mehrausgaben	236 335,61 Mk.	56 088,77 Mk.

Der Kassierer: Emil Lehmann.

Geprüft und für richtig befunden.
Berlin, den 6. Oktober 1932.
Die Revisoren:
Hermann Urban, Franz Lowack, Theodor Miermeister.

Die Zahl der männlichen Mitglieder verringerte sich um 6114, die der weiblichen um 879, die der jugendlichen um 251 und die der Lehrlinge um 1523. Die Gesamtmitgliederzahl ging im zweiten Vierteljahr um 8767 zurück. Neu aufgenommen wurden 509 männliche, 119 weibliche und 82 jugendliche Mitglieder sowie 363 Lehrlinge, insgesamt 1064 Mitglieder.

Zur Abrechnung vom zweiten Vierteljahr 1932

Die Mitgliederzahl betrug:

	im 1. Vierteljahr 1932	im 2. Vierteljahr 1932
228 120 Männliche	222 006 Männliche	
14 543 Weibliche	13 664 Weibliche	
4 852 Jugendliche	4 601 Jugendliche	
10 814 Lehrlinge	9 291 Lehrlinge	
Insges. 258 329 Mitglieder	Insges. 249 562 Mitglieder	

Als Beitrittsgeider wurden 641,30 Mk. vereinnahmt.
Die Einnahme aus Beiträgen für die Hauptkasse betrug ohne den Invalidenzuschlag 516 704,70 Mk.
Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung betrug 803 669,— Mk. im ersten Vierteljahr auf 331 994,— Mk. im zweiten Vierteljahr zurück.

Für Krankenunterstützung wurden im zweiten Vierteljahr 37 408,— Mk. gegen 62 780,— Mk. im ersten Vierteljahr ausgegeben.
Die Invalidenunterstützung erforderte gegen das erste Vierteljahr ein Mehr von 8180,15 Mk.
Insgesamt wurden für Unterstützungen ausgegeben im zweiten Vierteljahr 600 171,— Mk. gegen 1 043 180,— Mk. im ersten Vierteljahr.

Mit Gehilfen tiefen Wämmaschiffen 44. Wofaufbauung fällig



Unterhaltung und Wissen



Das Ende einer Frau

(Fortsetzung aus Nr. 43.)

Mit flackernden Augen, das Gesicht von der gelben Blässe der leicht Erregbaren, lag sie in der schmalen Kojen. Sie starrte nach der Tür, durch die vor einer Stunde ihr Gatte gegangen war; seine Mütze, eine Tropenjacke und zwei ihrer hellen Kleider hingen am Haken. Die hatte sie in Kobe gekauft, damals vor zehn Monaten, als sie nach Deutschland fuhr. Und sie erinnerte sich, wie ihr Mann unzufrieden gewesen war, daß sie das große Blumenmuster gewählt hatte. Wie er sich um alles kümmerte! Das war schon früher so: immer sorgte er sich für sie, in den lächerlichsten kleinsten Dingen mühte er sich — es war unerträglich. Daß ihr das nicht früher zum Bewußtsein gekommen war... Liebe? Ja, er liebte sie; aber sie konnte nicht mehr, wollte auch nicht mehr. Immer das Leben versäumen? Jetzt, da es erst beginnen konnte?

Ihre Gedanken, flüchtig, sprunghaft und von selbstquälerischem Eifer, waren von der bitteren Rachsucht der Gekränkten. Sie ließ nicht mit sich spielen, wie X. vielleicht glaubte, und er mußte einen Denkzettel für ewige Zeiten bekommen... Da war wieder das Bild ihres Mannes. Unwillig zuckte sie mit den Schultern, als könne sie so die Ehegemeinschaft eines Jahrzehnts abschütteln. Überdrüssig war sie seiner bedächtigen Fürsorge, seines gelassenen Gleichmaßes und seiner Welt, die nur von seiner Wissenschaft, seinen Forschungen, seinen Experimenten erfüllt war.

Zerfallen mit sich und der Welt, drehte sie sich zornig nach der Wand. Und wie ein Kind danach greift, wenn es zufällig etwas zum Spielen entdeckt, so faßte sie nach dem Klingelknopf; läutete dem Steward. Da man die Frau für unpäßlich hielt, wunderte sich niemand, daß sie kurz nacheinander zwei doppelte Whiskysoda verlangte. Sie verfehlten ihre Wirkung nicht; besonders, da sie rasch trank und den Tag über noch nichts gegessen hatte.

Ihr Mut wurde entschlossener, je mehr die Gedanken sich verwirrten. Sie stand auf, kleidete sich an; und wie sie vor dem ovalen Spiegel des Waschtisches das Haar aufsteckte, schwankte sie leise hin und her. Sie setzte den breitrandigen Sonnenhut auf und verließ die Kabine, unbemerkt von den Stewards. Auch auf Deck, wo die Winden rasselten, die Ladebäume über den offenen Luken schwangen und die farbigen Stauer mit viel Geschrei und wilden Handbewegungen ihre Befehle gaben, beachtete sie niemand. Sie stolperte, schwankte mehr die Gangway hinunter, als sie ging; und hätte sie sich nicht an den Seilen festgehalten, wäre sie mehr als einmal gefallen.

Doch kaum war sie wenige Schritte auf dem Kai, dem Hafenausgang zu gegangen, begegnete ihr der Erste Offizier. Da er um ihr Kranksein wußte, war er nicht wenig erstaunt, sie hier zu treffen. Die Frau, die wie durch einen Schleier sein verblüfftes Gesicht bemerkte, wehrte mit der schlafwandlerischen Sicherheit der Halbbetrunknen jede Frage ab und sagte ruhig-selbstverständlich: sie habe Reue bekommen, ihren Gatten allein in M. zu wissen, und habe sich entschlossen, auch hinzufahren. „Ich habe einen Whisky genehmigt, der wird mich etwas munter halten“, bekannte sie öffen, in dem instinktmäßigen Empfinden, daß dem Mann ihr Alkoholatam auffiel.

Der Offizier erbot sich, sie nach einer Taxi zu bringen und mit dem Chauffeur — „diese Sundaesen sind Gauner“ — den Fahrpreis auszumachen. Obgleich sie kein Malaiisch konnte, war ihr das Anerbieten nicht recht, denn es durchkreuzte ihren Plan. Sie wollte ja kein Auto, brauchte keines.

Dennoch stieg sie ein, fuhr in der Richtung nach M. Aber kurz vor der weißen Brücke über den Delifluß ließ sie halten; bedeutete durch Zeichen dem Chauffeur, daß sie ihn nicht mehr brauche. Sie suchte nach Geld in ihrer Tasche; merkte, daß sie keines hatte. Da riß sie aus einem kleinen

Notizbuch ein Blatt, schrieb die Adresse ihres Gatten, den Namen des Hotels in M. und den Betrag von fünf Gulden darauf.



Wieder mit Zeichen, und indem sie den Namen des Hotels in M. sagte, erklärte sie dem Sundaesen den Zusammenhang. Er begriff, und da solche Gutscheine als Bargeld im Osten üblich sind, machte er keine Umstände und fuhr los.

Die Sonne hing nur noch einige Handbreit über dem Horizont: in einem infernalischen Gelbrot, umhüllt von einer glühenden zitternden Luft.

Jetzt, da die Frau in dem heißschwülen Dunst der Landstraße stand, nicht mehr der erfrischende Hauch der Fahrt um sie war, trieb der genossene Whisky ihr stärker die feuchte Hitze ins Gesicht, und ein leiser, angenehmer Schwindel umhüllte ihr Bewußtsein. Sie ging über die Brücke, sah das Auto nur noch fern in der schnurgeraden litzelflimmernden Straße. Einen Augenblick stand sie unschlüssig, was sie tun sollte; sie sah sich um und entdeckte einen schmalen Pfad, der scheinbar neben dem Fluß herlief. Sie ging ihm nach, aber nach kaum hundert Schritten hörte er auf: scharfe, lanzettenartige Gräser streiften ihre Beine; das dünne Kleid verfang sich in niederem Gestrüpp. Sie spürte den Widerstand nur undeutlich; merkte wohl, daß auch der dürrige Pfad aufgehört hatte, und in immer langsameren Bewegungen hob sie die Füße: ging weiter auf halb niedergetretenem Buschwerk, das so dicht zusammenkam, daß es gegen ihre Hüften schlug. Unsäglich rann ihr der Schweiß vom Gesicht und den Händen. Die ersten Moskitos umsummten sie, und plötzlich, wie sie die kurzen scharfen Stiche in Beinen und Armen spürte, erwachte sie mit jähem Schreck zum Bewußtsein. (Schluß folgt.)

Wieder einmal Reichstagswahl

Zum wievielten Male wird eigentlich in diesem Jahre gewählt, Frau Kluger? Gehen Sie noch mal hin? Ich nicht. Hat ja alles doch keinen Zweck. Kommt einem schon zum Halse raus, der ganze Wahlbetrieb. Alle wollen das Beste fürs Volk — mit dem Munde. Versprechen das Blaue vom Himmel. Und wenn sie dann gewählt sind? Dann wird's bloß noch schlimmer. Ich mache nicht mehr mit.

Aber, Frau Hoffmann... Na, Sie scheinen wohl immer noch nicht genug zu haben, Frau Kluger. Dann gehen Sie man alleine. Ich habe außerdem genug mit meiner Wirtschaft zu tun. Sollen sich doch die Männer... nein, nein.

Lassen Sie mich doch mal zu Worte kommen, Frau Hoffmann...

Ach, ich weiß schon, was Sie wieder sagen wollen... Alle zusammenstehen, Einigkeit, eine große Front — kenne ich alles schon. Kommt ja doch nie zustande. Na, und bitte schön, Sie haben ja die Macht gehabt. Und was haben Sie damit angefangen? Immer tiefer ins Elend sind wir gerutscht. Erreicht haben Sie gar nichts. Viele Köche verderben den Brei. Regieren müßte eben bloß einer, so wie das ja früher auch war. Und früher war alles viel besser.

Ei, ei, Frau Hoffmann, Sie haben die Nazizeitung aber gut gelesen. Wer regiert eigentlich bei Ihnen zu Hause? Sie? Na, Sie lachen. Mir scheint, die andern haben da auch ein dickes Wörtchen mitzureden. Also sind Sie alle gleichberechtigt, nicht wahr? Und was anderes wollen wir doch auch nicht. Aber die Gleichberechtigung im großen Staatshaushalt stand bisher nur auf dem Papier. Die Leute mit dem großen Geldbeutel sind bis heute immer noch die Bevorrechteten, und mit Geld kann man so gut wie alles kaufen, sogar Menschen!

Das beweisen Sie erst mal, Frau Kluger. Bitte schön: Sind die braunen Söldner Hitlers nicht gekaufte Heilrüfer? Sie stauen? Tja, Frau Hoffmann, die wissen schon, wo sie das „patriotische“ Gemüt am sichersten packen. Diese armen jungen Menschen werden dort nach Strich und Faden verhetzt. Politischer Mord wird als Heldentat betrachtet und gar bezahlt — ja, ja, Ihnen bleibt der Mund gleich offen! Alles wirkliche Menschentum geht dort bei diesen Banditen vor die Füße...

Ach, was nennen Sie schon Heldentum. Solche großen Worte, Frau Kluger. Es sind doch bloß weichlicher Kram dahinter.

So, so. Mutterschutz ist weichlicher Kram. Und Jugendschutz auch. Ebenso natürlich die Arbeitslosenversicherung. Ihr Mann ist

wohl noch nicht arbeitslos gewesen, scheint's, wie? Doch? Sie meinen, das sei was anderes? Aha. Wenn es an den eigenen Kragen geht, dann ist es jedesmal „was anderes“. Nun fühlen Sie sich nur nicht gleich beleidigt. Hören Sie nur weiter zu! Halten Sie etwa auch das Wohlfahrtsamt für überflüssig? Na also! Wie groß wäre das Elend, wenn wir die Fürsorgepflichtverordnung nicht hätten — das ist übrigens auch eine Notverordnung, aber von Ebert unterzeichnet! Und wie knabbert die Papen-Regierung gerade an diesem Gesetz herum. Wenn diese Leute könnten, wie sie wollten, der „Wohlfahrtsstaat“ läge schon ganz zerschlagen da. Für ihre Sippe allerdings möchten die Herren die Wohlfahrt ausdehnen bis zum Staatszusammenbruch. Das ist Diktatur auf Probe, Frau Hoffmann. Ich sage Ihnen bloß ein paar Stichworte: Salzsteuer, Rentenkürzung, Bedürftigkeitsprüfung, Steuergutscheine...

Hören Sie auf, das ist ja nicht anzuhören. Aber Sie sagen ja selbst: der Ebert hat den Artikel 48 auch schon angewandt. Warum denn nun nicht gleich so, daß wir es heute besser hätten?

Liebe Frau Hoffmann, Sie haben gut reden. Alles, was ich Ihnen vorhin anführte an Wohlfahrtsmaßnahmen, das verdanken wir der harten Arbeit der SPD. in den großen und kleinen Parlamenten. Tja, wenn wir so stark gewesen wären wie die Nazis! Und wenn wir nicht immer so schwer bekämpft worden wären — leider auch von den Kommunisten! Ha, die Macht gehabt! Von den zwölf Reichsministern hat die SPD. höchstens vier gestellt und auch nur für insgesamt etwa fünf Jahre. Und der Artikel 48? Was fand denn Ebert vor bei der Regierungsübernahme? Ein ausgehungertes Volk, eine in Grund und Boden erschütterte Währung, allerorts Kriegsgewinnler, eine Industrie, die auf Granatendrehen und auf Herstellung von Lebensmitteleratz eingestellt war. Feldgrauen, die mit ihrer Kriegsdienstentlassung nichts anzufangen wußten; Hinterbliebene, die versorgt sein wollten; fremde Besatzung im Lande, Kriegsgefangene, die nach Hause mußten. Dann die Reparationsverhandlungen, die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen — ach, das läßt sich ja gar nicht mit ein paar Worten sagen. Denken Sie doch mal selbst nach, wie das damals war. Bauen Sie mal mit Schutt! — Die Machthaber von heute haben es leichter. Aber sie benutzen den Artikel 48 nicht für, sondern gegen das Volk! Das aber sehen viele noch nicht ein. Sie scheinen den Leuten auch schon auf den Leim gekrochen zu sein.

Papen hätte seine helle Freude an Ihrer Wahlmüdigkeit. Politik abschaffen — feine Sache. Die von „oben“ würden sie von Herzen gern alleine machen. Wir wären dann — hurra — wieder Untertanen. Mitbestimmung des Volkes? Wahlrecht? Gar für die Frauen? Wozu? Machen „WIR“ alles alleine. Und wie! Militärdienst, Standrecht, Arbeitsdienstpflicht, Steuern, daß der Schädel raucht. Es lebe der Untertan! Kultur ist für die Reichen da. So will es die Weltordnung der Barone und Freiherren. Wissenschaft und Technik, Kunst und Schönheit der Natur fürs dumme Volk? Das hat ja doch bloß „Brot und Spiele“ im Kopf. So ist es immer gewesen, nicht wahr, soll's doch auch so bleiben! Wozu sollten es denn die Kinder einmal besser haben als wir, nicht wahr, Frau Hoffmann?

Frau Kluger, nun fangen Sie auch noch an zu höhnen!

Ach, Frau Hoffmann, es kann einem ja die Galle ins Blut laufen, wenn man mit ansehen muß, wie Millionen sehenden Auges sich ins Verderben stürzen und alle anderen mitreißen. Machen Sie sich doch klar: es geht um unsere Zukunft, um die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft. Sie meinen, warum uns denn dann die Kommunisten so bekämpfen? Ach, die KPD, mit ihrer unglückseligen Verelendungstheorie! Deutlicher können wir's doch schon beinahe nicht spüren, wohin die führt: dem Faschismus in die Arme. Rußland, das Paradies? Ein schönes Märchen. Man glaubt so gerne, was man wünscht. Und die KPD. weiß nur zu genau, daß der deutsche Arbeitslose ihre Erzählungen nicht nachprüfen kann. Ich wünsche unseren Klassengenossen in Rußland von ganzem Herzen, daß auch sie zum sozialistischen Endziel kommen möchten. Ihr Weg aber ist ein anderer, denn der deutsche Arbeiter ist schon eine Stufe weiter als der russische. Es ist ein Irrweg, den die deutschen Kommunisten gehen. Die Nazis fangen die Unzufriedenen ab, biegen die rebellische Gesinnung um in Judenhaß, in Nationaldünkel, in Sittlichkeitsapostelei, in Haß gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft, in Haß gegen alle Verständigungspolitik, in Kriegsbereitschaftsstimmung gegen alle Völker um uns her. Unter Nazischutz also kann sich der Kapitalismus lustig weiterentwickeln. — Wir stünden dann ja aber ganz alleine, meinen Sie? Und ob wir nicht Angst hätten? Ach, die Sozialdemokratie hat in der Zeit ihrer Entwicklung unheimliche Schikanen erdulden müssen. Wenn es nicht anders sein kann, müssen wir die wieder auf uns nehmen. Aber wir brauchen ja gar nicht alleine zu stehen! Wir könnten ja so stark sein! Wenn nur alle, die klassenmäßig zu uns gehören, auch zu uns hielten! Sie, Frau Hoffmann, Sie gehören doch auch zu uns, Sie, Ihr Mann und Ihre Kinder!

Ich bin kein Nazi, Frau Kluger, und Kommunistin bin ich auch nicht. Aber mir war der ganze Kram so leid. Ich glaube, Sie haben recht mit dem, was Sie sagen.

Frau Hoffmann, Sie brauchen nicht nur zu „glauben“, Sie können sich davon überzeugen. Man muß immer alles nachzuprüfen versuchen. Wenn Sie wollen, helfe ich Ihnen. Einverstanden? Das freut mich! — Und nun: Wie ist es am 6. November? Wollen Sie noch zu Hause bleiben?

Nein, Frau Kluger, jetzt komme ich mit. Und ich werde mir auch mal die Broschüren näher ansehen, die Sie mir gegeben haben. Ich habe noch gar nicht reingesehen, weil ich Angst hatte, Sie könnten recht haben! Jetzt weiß ich, was ich zu tun habe. Und ich will mal sehen, ob ich nicht auch die Frau Waldburg rumpkriegen kann. Die denkt nämlich genau so wie ich bis heute früh.

Schön, Frau Hoffmann. Ich werde Ihnen jetzt doch immer die SPD-Zeitung überreichen, Sie werden wohl nicht mehr sagen...

Nein, Frau Kluger. Und heute abend gehe ich in die Versammlung der „Eisernen Front“.

Fein, Frau Hoffmann. Dann gehen wir zusammen. Also: bis heute abend! Freiheit!

Hildegard Kowalsky.

Gleiche Brüder — gleiche Kappen

Nationalsozialisten und Kommunisten stehen auf den äußersten Flügeln im deutschen Parteileben. Die Anhänger beider Parteien liefern sich oft blutige Schlachten, aber zwischen ihren Zielen und den Mitteln zu ihrer Erreichung besteht eine merkwürdige Übereinstimmung.

Beide Parteien sind antiparlamentarisch und antidemokratisch. Nicht der Wille des Volkes soll für die Regierung maßgebend sein, sondern die Gewalt soll herrschen. Für die Nazis ist die in Italien herrschende faschistische Diktatur das erstrebte Vorbild. Die Kommunisten wollen ein Sowjetdeutschland nach russischem Muster. Die Diktatur einer kleinen Clique, die gesützt auf die Bajonette, eine Gewalt Herrschaft über das Volk ausübt, ist ihr Ideal.

Nationalsozialisten und Kommunisten sind als Anbeter der Diktatur in gleicher Weise Feinde der Demokratie. In zahlreichen Fällen haben sie sich zusammengefunden zum gemeinsamen Kampf gegen demokratische Einrichtungen und den Ausbau der Volksrechte.

Die Gewerkschaften, als Organisation der Arbeiter zur gemeinsamen Erkämpfung einer höheren Lebenshaltung der Massen, als Waffe der Arbeiter im Kampfe für ihre wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung, sind den Nationalsozialisten und Kommunisten in gleicher Weise verhaßt.

Nach gleichen Methoden führen sie den Kampf gegen die Gewerkschaften. Die Kommunisten sind vorangegangen. Ihre Taktik

hat oft gewechselt. Das eine Mal galt die Parole: Hinein in die Gewerkschaften, um sie von innen heraus zu unterwühlen, dann wurde wieder kommandiert: Heraus aus den Gewerkschaften, um sie von außen zu bedrängen. Zu diesem Zweck haben die Kommunisten die R.G.O. ins Leben gerufen, die sich redlich müht, die Kampfkraft der Gewerkschaften zu untergraben.

Nach dem Vorbild der Kommunisten haben auch die Nazis ihre NSBO (Nationalsozialistische Betriebsorganisation) aufgezogen. NSBO und RGO sind sich spinnfeind, aber wo sich die Möglichkeit bietet, die Gewerkschaften zu schädigen, wenn es gilt, unter kämpfenden Arbeitern Verwirrung zu säen, um durch Uneinigkeit ihre Niederlage herbeizuführen, da finden sie sich brüderlich zusammen.

Selbstverständlich verhalten sich Nazis wie Kozis dagegen, gewerkschaftsfeindlich zu sein. Beide behaupten, daß sie für die Gewerkschaften eintreten, nur wollen sie sie umwandeln und sie ihren Sonderzwecken dienstbar machen. So erklärte der Gaubetriebszellenwart Ohling am 13. September auf einem Schulungsabend der NSBO in Köln: „Der Gewerkschaftsgedanke wird von uns bejaht. Nur werden im Dritten Reich der politische Charakter und die Verfilzung mit den Parteien den Gewerkschaften genommen... Wir werden im Dritten Reich jeden Streik als Landesverrat betrachten und mit Todesstrafe belegen.“

Ähnliches Recht gilt jetzt schon unter der Herrschaft der Moskauer Diktatur. Aber in Deutschland dürfen die Kommunisten das nicht offen sagen. Hier wird die Taktik geübt, die Gewerkschaftsführer als Verräter zu brandmarken, weil sie, unbekümmert um den radikalen Phrasenschwall der Moskauer Sendboten, für die fortschreitende Verbesserung der Lage der Arbeiter eintreten, und ihre Kampftaktik darauf abstellen, unmittelbare Erfolge zu erzielen und Niederlagen möglichst zu verhüten.

Daß diese Taktik richtig ist, müssen in lichten Augenblicken auch die Kommunisten zugeben. So hat kürzlich in der „Roten Fahne“ Erich Auer auseinandergesetzt, die RGO sei für die „Erkämpfung und Verteidigung von kollektiven Arbeitsverträgen als Produkte des Klassenkampfes“. Und weiter: „Die RGO ist für die Verteidigung und Erhöhung der Tariflöhne. Auf den Inhalt des Tarifvertrages kommt es an.“ Diese selbstverständlichen Wahrheiten, die sich jeder Gewerkschafter längst an den Schuhsohlen abgelaufen hat, wird jetzt als ganz neue Weisheit verkündet und für die RGO, in Anspruch genommen, die diese Auffassung bisher stets als „reformistisch“ bekämpft hat.

In ihrem Wahlauftritt mahnt die KPD ihre Anhänger, „das in vierzehn Jahren Errungene zu verteidigen und sich schützend vor die Gewerkschaften zu stellen“. Aber was in dieser Zeit auf sozialpolitischem Gebiet errungen wurde, mußte gegen den heftigen Widerstand der Kommunisten erkämpft werden, und die Gewerkschaften fanden

parlamentarische Hilfe nur bei den Sozialdemokraten. Der Schutz, den die Kommunisten den Gewerkschaften gewähren wollen, ist sehr problematischer Natur. Praktisch hat er sich bisher ausgedrückt in einer Hemmung der Gewerkschaftsarbeit und in fortgesetzten Versuchen, unsere Organisationen zu zersplittern.

Bei den Wahlen haben auch unsere Todfeinde freundliche Worte für die Arbeiter. Wir sehen aber den Werberr nicht auf dem Maul, sondern auf die Fäuste. Jeder Gewerkschafter, der treu zu seiner Organisation steht, kann weder für den Nazi noch für den Kozis stimmen. Alle Stimmen für die Sozialdemokratie, Liste 2.

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2, bezogen werden.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Schriftleiter Lothar Erdmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, GmbH, Berlin S 14. Abonnementpreis vierteljährlich 3,60 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk. — „Die Arbeit“ bringt in den monatlich in einem Umfang von 64 Seiten erscheinenden Heften eine Reihe von Aufsätzen, in denen Fragen erörtert werden, die für die Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung sind und die das Verständnis der Vorgänge im Wirtschaftsleben fördern. Den vorwärtstrebenden Gewerkschaftlern ist das Abonnement der „Arbeit“ angelegentlich zu empfehlen.

Nazi-Paradiese. Eine Abrechnung. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Berlin. Preis 10 Pf. — Die Broschüre enthält Berichte aus zehn Gemeinden, in denen die Nazis herrschen und erschreckende Beweise für ihre Unfähigkeit geliefert haben. Sie zeigt die „Reiniger und Erneuerer Deutschlands“ in ihrer wahren Gestalt.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin. Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Beiz- und Polier-Meister-Kursus der Tischler-Fachschule Köthen
Beginn am 7. November
Prospekt gegen Rückporto

Original-süddeutsche Hobelbänke 52 Mark
2 minütige Blattlänge, Stahlspindeln.
Werkzeug-Neuheiten!
Preisliste gratis und franco
OTTO BERGMANN
BERLIN - LICHTERFELDE - WEST.

Gummiwaren Hygienisch, Artikel Preisliste 0 gratis
„Medicus“ Berlin SW 68, Alte Jakobstraße.

Leimlöten, Furnierböcke
fabriert als Spezialität, Preis gratis
Paul Ott, Stuttgart, Hermannstraße 13

Man fertigt sich alles selbst durch die schöne Laubsägerei. Nat. gratis!
L. Brendel, Limburgerhof 93, Pfalz

Tuche ab jeder man
Herren- ab Damen- stoffe
Verlangen Sie Preisliste gratis
Lehmann & Assmy, Altes Tuchverwandlungs- und eigener Fabrikation, Spremberg (Lausitz) 1.

Sportschulturn-Kufen
Eckel, gebogen, prima Ware
100 120 140 160 200 cm Holzlänge
1,35 1,60 1,90 2,25 3,25 Mk. per Paar
Ringelkufen, 145 cm Holzlg., 4,50 Mk.
Hobelbänke u. Werkzeuge billiger.
Fl. Walther, Trudering, Reichelstr. 33

Das Verlagsgewerk

Neue Holzgrabmale
Professor dell'Antonio
Einzigartig, neue Holzgrabmale, bewahrt die Toten vor Verfall, preisgünstig, praktisch, gut aussehend.

Preis des Werkes **6,50 Mark**

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2

Qualitätswaren von Hermanns & Fritzscheim

Frankfurt am Main 28

Verlangen Sie Haupt-Katalog

2.90	0.75	1.65	1.15	0.75	0.88	1.95
Garantie: Zurücknahme! Verlangen Sie Haupt-Katalog						

Weißer Zähne: Chlorodont

Über 100.000 Familien besitzen seit Jahren unsere billigen Zahne

1. B. Kamelhaarschube - .95
Wolle aus Baumwolle

Verlangen Sie **kostenlos** unseren neuesten **unverwundlichen** Preisführer, **gratis** im **Handbuch der Zahnpflege**, **gratis** im **Handbuch der Zahnpflege**, **gratis** im **Handbuch der Zahnpflege**.

Handbuch der Zahnpflege
München P. 68, Kollnische 11

Tisch-, Regulateur- u. Hausuhrwerke

zum Selbsteinbau nach Katalog von **ROBERT HUSBERG / NEUENRADE 20**

RODELKUFEN, la Esche gebogen
100 110 120 130 140 150 cm Holzlg.
1,10 1,30 1,50 1,60 1,80 2,00 Mk. p. Paar
Alles andere Eschenholz, zu jedem schütten passend ausgearbeitet, zum Preis der Kufen. Zeichnungen zum Selbstbau gratis.
Ringelkufen, Schneeschuhe usw. Bitte verlangen Sie ausführl. Preisliste. **Erh. Eckart, Sportart.-Fab., Nossen, Sa.**

Hobelbänke 50 RM.
Zmlang, Stahlspindel, kompl. la Qual. Blatt la gedämpft, Rotbuche, Garantie.
Werkzeuge Abbildung und Preisliste gratis.
Karl Ramisch, Pirna, „Käserne“

Geschenke billig!

Weihnachts-Katalog gratis!

Sigurd-Gesellschaft

Kassel 15



JOSEF WITT, WEIDEN OPF.



der Welt größtes Spezial-Versandhaus der Art in Baumwollwebwaren
mit eigenen, gewaltigen Webwaren-Fabriken

- 4000** Arbeiter und Angestellte in eigenen Betrieben
- 30000** Pfd. Baumwollgarne tägliche Fertigung in eigenen Baumwoll-Spinnereien
- 105000** Meter Baumwollstoffe tägliche Fertigung in eigenen Webwarenfabriken
- 80000** Meter Baumwollstoffe tägliche Fertigung im Veredeln in eigenem Ausrüstungswerk.

1 Million Warensendungen haben meine alten und **380000** Kunden im letzten Jahre nachbestellt.
Warum haben diese ungeheuren Massen meiner Kunden, nachdem sie meine Waren gesehen hatten, wiederholt meine Waren nachgekauft? — Ihre Antwort wäre mir auf diese Frage sehr interessant und besonders erwünscht!

Die Rohbaumwolle, aus welcher meine Stoffe hergestellt werden, ist seit August gewaltig im Preise gestiegen, weshalb auch Baumwollstoffe bedeutend teurer werden.

Setzt habe ich noch gewaltige Mengen dieser Rohstoffe aus der billigen und billigen Zeit! **Daher heute noch diese ungeheuer niedrigen Preise!**

Nr.	Bezeichnung	Preis	Nr.	Bezeichnung	Preis
81	Vorhangsstoffe	12	86	Weißes Hemdentuch	34
82	Baumwollgewebe	14	87	Hemdenflanell	32
83	Ungebleichtes Baumwolltuch	28	88	Hemdenflanell	38
84	Ungebleichtes Baumwolltuch	68	89	Hemdenzeffir	35
85	Weißes Hemdentuch	18	90	Handtuchstoff	28
91	Wischtücher	10	92	Wischtücher	20
93	Frottiertücher	55	94	Taschentücher	1.00
95	Schlafbeden	2.75			

Trotz dieser niedrigen Preise wird jedem Paket eine hübsche, gutgehende Stauduhr beigelegt.
Auf Wunsch werden statt der Stauduhr **Mk. 1.10** in bar vergütet, welcher Betrag an der Rechnung im Abzug gebracht wird.

Josef Witt, Weiden 392 Opf.
der Welt größtes Spezial-Versandhaus der Art in Baumwollwebwaren mit eigenen, gewaltigen Webwaren-Fabriken. T 19/1